

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierzehntäglicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Hirsch-Dunder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 4720.

Nr. 57.

Berlin, Sonnabend, 18 Juli 1914.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

15. Verbandstag der Württembergischen Eisenbahn- und Dampfschiffahrts-Unterbeamten und Arbeiter — Zur Aussperrung der Textilarbeiter in der Niederlausitz. — Entlarvter und bestrafte Verleumder. — Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Briefkasten. — Anzeigen.

15. Verbandstag der Württembergischen Eisenbahn- und Dampfschiffahrts-Unterbeamten und Arbeiter.

Im Gasthaus „Zum Bären“ in Mühlacker fand am Samstag, den 11. Juli, die 15. Generalversammlung unserer württembergischen Eisenbahner statt. Der Verband der Württembergischen Eisenbahn- und Dampfschiffahrts-Unterbeamten und Arbeiter hat in der letzten Zeit manches durchleben müssen. Die wüste Hitze des neuen Eisenbahnerverbandes, der Wechsel in der Verbandsleitung usw., das alles brachte Stürme mit, die nur eine innerlich gesunde Organisation überleben kann. Und die überwiegende Mehrzahl der württembergischen Eisenbahner hat nach alter Schwabentreue die Fahne des Verbandes nicht verlassen.

Bei der Eröffnung der 15. Generalversammlung durch den neuen Verbandssekretär, Landtagsabgeordneten Fischer, waren 140 Delegierte als Vertreter der Obmannschaften erschienen. Außerdem war im Auftrage der Generaldirektion der Staatsbahnen anwesend Herr Betriebsinspektor König und Bahnhofsverwalter Straub, ferner noch als Vertreter der Gemeinde Dürrenmühlader Herr Schultheiß Gänle und die Abgeordneten des Reichs- und Landesparlamentes, Keil, Maier und Schaible. Als Vertreter des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine nahm an Stelle des durch Krankheit verhinderten Verbandsvorsitzenden Kollegen Goldschmidt der Kollege Barnholt-Ulm an der Tagung teil. Nach den Begrüßungsansprachen wurde ein Guldigungsstelegramm an den König von Württemberg gesandt, ebenso Telegramme an den Ministerpräsidenten v. Weizsäcker und an den Präsidenten der Reichsverwaltung v. Stiehl, die alle im Laufe der Verhandlungen freundlichst erwidert wurden.

Vorstand Baumann führte zum 2. Punkt der Tagesordnung — Geschäfts- und Kassenbericht — aus, daß der Verband froh sein könne, in der Wahl seines neuen Sekretärs so glücklich gewesen zu sein. Er gab dann ein Bild von den Verhandlungen der Vorstandssitzungen. Der vom Verbandssekretär Fischer erstattete Geschäftsbericht ließ auch mit aller Deutlichkeit erkennen, daß die Leitung des Verbandes in guten Händen liegt. Der Kassenbericht lag gedruckt vor und wurde von dem Verbandsverwalter Wiedemann noch näher erläutert. Im Jahre 1913 beliefen sich die Einnahmen des Verbandes auf 42 485,34 Mk. und die Ausgaben auf 42 435,71 Mk. Das Reinvermögen des Verbandes, das am 31. Dezember 1913 etwa 3869 Mk. betrug, war am 30. Juni 1914 auf 10 202,87 Mk. gestiegen. Der Revisionsbericht des Bücherrevisors Mac weißt besonders auch auf diese Tatsache hin als ein deutliches Zeichen einer sparsamen Wirtschaft unter der gegenwärtigen Verbandsleitung.

Die Beratung der gestellten Anträge nahm eine längere Zeit in Anspruch. Waren doch 164 Anträge eingegangen, darunter auch vier, die wollten, daß die württembergischen Eisenbahner wieder aus dem Verbande der Deutschen Gewerkevereine austreten sollten. Man braucht sich darüber nicht zu wundern, denn es ist

erklärlich, daß solche Anträge inspiriert werden von Leuten, die entweder kein Verständnis haben für die Vorgänge in der Arbeiterbewegung, oder die aus anderen Gründen sich noch nicht damit abgefunden haben, daß der alte Eisenbahnerverband nun dem Verbande der Deutschen Gewerkevereine angehört. Da diese Anträge am Samstag ihre Erledigung nicht mehr finden konnten, wurde die Weiterberatung auf Sonntag vertagt. Kollege Barnholt trat warm für den bisherigen Zusammenschluß ein und wurde dabei unterstützt vom Verbandssekretär Fischer, dem Vorstandsmitglied Baumann und fünf Uml. ferner von Hildenbrand-Ulm, Kösch-Ulm, Gaug-Lutlingen und Zeltwanger-Güglingen. Das Ergebnis dieser eingehenden Aussprache war, daß die Generalversammlung mit überwältigender Mehrheit beschloß, nach wie vor ein treues Glied des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine zu bleiben. Mit lautem Bravo wurde dieses erfreuliche Resultat aufgenommen.

Die andern Anträge betrafen in der Hauptsache innere Dienstverhältnisse, wie Geräte und Materialien, Anstellung und Wiederverwendung, Lohnauszahlung, Wohnungsfragen, Steuern, Freizeite, das Arbeiter- und Beamtenrecht, Arztfragen, Kleiderfragen, sowie die Dienst- und Ruhezeit.

Ueber die Änderungen der Statuten referierten dann Vorstand Baumann und Hof. Die vorgelegten Änderungen wurden genehmigt und sodann als Ort der nächsten Generalversammlung Neuzimmern gewählt. Der jährliche Eisenbahnerstag soll in der Regel immer am ersten Sonntag im Juli stattfinden. Nach Schlußreden von Fischer und Barnholt konnte dann die 15. Generalversammlung mit einem brausenden dreifachen Hoch auf den Verband geschlossen werden. Hierauf begann die Generalversammlung der Kronenklasse.

Während so die Delegierten noch am Sonntag morgen zu ernster Beratung zusammen saßen, brochen die Extrazüge immer neue Menschenmassen heran. Schon vor 6 Uhr morgens verließen die Hölleerschiffe den anbrechenden 15. Schwäbischen Eisenbahnerstag. Ueberall regte es sich nun, trotzdem das Festankert am Samstagabend die Gäste noch über die Mitternachtsstunde hinaus zusammengehalten hatte. Denn die Obmannschaft Dürrenmühlader hatte alles aufgegeben zum guten Empfang. Auch die Gemeindeglieder; denn reich geschmückt waren die Säumer und Straken. Die Gemeindeverwaltung, an der Spitze Herr Schultheiß Gänle, hatten alles getan, um den Gästen den Aufenthalt angenehm zu machen. In verschiedenen Lokalen spielten die Kapellen. Um 2 Uhr mittags bewegte sich ein langer Zug zum Festplatz mit einer künstlich gemachten, großen Lokomotive an der Spitze. Bald herrschte dort reges Leben, Ansprachen wurden gehalten und zwei neue Obmannschaftsfahnen geweiht. Allzu früh schlug die Stunde des Abschieds, denn der Sonderzug konnte kein Warten. Nur derjenige blieb, dem es die Zeit noch gestattete, am Montag den Ausflug nach Maulbronn mitzumachen.

So ging auch diese Tagung zu Ende, am neu das Freundschaftsbund zu knüpfen nicht bloß zwischen den Kameraden, sondern auch um aufzuweisen zu bestätigen, daß die württembergischen Eisenbahner des alten Verbandes treu zu unserm Verbande der Deutschen Gewerkevereine stehen wollen.

Zur Aussperrung der Textilarbeiter in der Niederlausitz.

Der Streik von 60 Walkern und Walkereiarbeitern in Forst i. L. hat dazu geführt, daß die Arbeiter der Aussperrung von 30 000 Textilarbeitern und -arbeiterinnen in der Niederlausitz angedroht haben. In dieser Bewegung ist auch unser Gewerkeverein der Deutschen Textilarbeiter, Stb Spremberg, beteiligt, der bei der Aussperrung mit rund 2000 Mitgliedern in Frage kommen würde.

Der Hauptvorstand des Gewerkevereins hat in einer Sitzung zu der gegebenen Situation Stellung genommen und ist nach eingehenden Beratungen zu dem Ergebnis gelangt, daß die Forderungen der Walker und Walkereiarbeiter nach den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen als berechtigt anzusehen sind. Die Löhne derselben sind zum Teil noch so niedrig, daß damit ein menschenwürdiges Auskommen nicht möglich ist. Trotzdem wurde nur einer ganz kleinen Zahl von Arbeitern, den niedrigst entlohnten, eine wöchentliche Lohnzulage von den Arbeitgebern gewährt, während die Besserbezahlten leer ausgingen. Dieses geringe Entgegenkommen ist von den Arbeitern als ungerecht empfunden und die Arbeit niedergelegt worden. Weitere Verhandlungen haben zu keinem besseren Resultat geführt und endigten mit der Aufforderung an die 60 streikenden Walker, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen; im andern Falle werde am 18. Juli die Aussperrung aller Arbeiter und Arbeiterinnen im Gebiete des Niederlausitzer Textilindustriellen-Verbandes vorgenommen werden.

In dieser Androhung kommt der Unternehmerstandpunkt in aller Klüftigkeit zum Ausdruck. Weil 60 Arbeiter berechtigte Forderungen gestellt haben und wegen ihrer Nichterfüllung in den Streik getreten sind, sollen 30 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen, die mit dem Vorhaben der Walker nicht das Geringste gemein haben, auf das Pflaster geworfen werden. Ein gewaltiger Kampf wird heraufbeschworen, der schwere wirtschaftliche Schädigungen nicht nur für die Arbeitererschaft, sondern auch für die Unternehmer und die gesamte deutsche Volkswirtschaft zur Folge haben muß.

Aus diesen Erwägungen heraus hält es der Hauptvorstand des Gewerkevereins der Deutschen Textilarbeiter für seine Pflicht zu erklären, daß es von den Arbeitgebern unverantwortlich gehandelt ist, in dieser Weise mit so vielen Tausenden von Erntestempen zu spielen. Ebenso unverantwortlich wäre es aber auch, wenn die betreffenden Arbeiter nicht mehr Einsicht besitzen wollten, wie in diesem Falle die Arbeitgeber, und nicht alles aufbieten, um im Interesse der Allgemeinheit jenen gewaltigen wirtschaftlichen Kampf zu vermeiden. Die durch die Aussperrung bedingten Opfer stehen in keinem Verhältnis zu dem streitigen Objekt. Nur ein Drittel der in Betracht kommenden Arbeiter sind organisiert. Die mühsam zusammengetragenen Vermögen der Arbeiterorganisationen würden nutzlos dieser Sache geopfert und die Aktionsfähigkeit der Arbeiter auf Jahre hinaus gelähmt. Deshalb spricht der Hauptvorstand des Gewerkevereins die Hoffnung aus, daß die Arbeitererschaft sich dieser Einsicht nicht verschließt und daß sich sozialbedenkende Männer finden werden, die recht bald eine Verständigung zwischen den beiden Parteien herbeiführen und so einen in seinen Folgen unabsehbaren Kampf verhüten helfen.

Sollte eine Verständigung an dem Starrsinn einer der beiden streitenden Parteien scheitern, so müßte der Hauptvorstand des Gewerkevereins der

Textilarbeiter jede Verantwortung für die daraus entfallenden Folgen ablehnen.

Zum Verlauf der Bewegung sei noch bemerkt, daß die Lohnkommission der streifenden Walter in Forst beim Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes noch einmal verurteilt hat, Verhandlungen herbeizuführen. Es wurde ihnen die Antwort zuteil, daß auf weiteres Entgegenkommen in der Lohnfrage nicht gerechnet werden könne. Dagegen seien die Unternehmer nach wie vor bereit, die Wünsche ihrer Arbeiter und Angestellten entgegenzunehmen. Darauf hat die Lohnkommission dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes mitgeteilt, daß die Arbeiter, nachdem die Arbeitgeber in der Lohnfrage jedes weitere Entgegenkommen verweigerten, auf die Befragung anderer Fragen zur Zeit keinen Wert legten. Die endgültige Entscheidung über den weiteren Verlauf der Bewegung muß in aller nächster Zeit fallen.

Gutlarbter und bekrastter Verleumder.

II.

Im Anschluß an die in voriger Nummer veröffentlichten Briefe möchte ich den ehemaligen „Selbst-Zell“ an Hand des vom Freien Arbeiterverband von Olten veröffentlichten Flugblattes „Gegen öffentliche Unwahrheit“ charakterisieren, wie er es verdient. Der Zell ging früher der Mitarbeit an Arbeitgeberzeitungen nach. Unter dem Titel eines Arbeiters schrieb er Aufsätze, die zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bestimmt waren. Ebenso war er Mitarbeiter der sogenannten „Selbst-Zell“, im Dienste des Unternehmertums stehenden Arbeiterorganisationen Deutschlands. Dieser Zell schrieb am 21. März 1912 den folgenden Brief an Dr. A. v. Arz in Olten:

„Sehr geehrter Herr! Ich stehe seit Jahren in der Arbeiterbewegung, hauptsächlich wider die Sozialdemokratie, und bin auch Mitarbeiter sämtlicher nationalen Arbeiterzeitungen (4) in Deutschland, als auch der schweizerischen Arbeiterzeitung. Nun glaube ich, daß auch für die Schweiz die Zeit gekommen ist, um der Sozialdemokratie ein kräftiges Paroli bieten zu können, insbesondere durch ein nationaler Grundlagede ruhende Arbeitervereinigungen. Wie ich weiß, hatten Sie eine solche Vereinigung ins Leben gerufen, und würde es mich sehr freuen, über diese Angelegenheit mit Ihnen sprechen zu können. Ich reise nächsten Montag über Olten und würde, falls Sie mich zu empfangen bereit sind, um 14 Uhr bei Ihnen vorbeisprechen. Um nicht eine Irrige Meinung aufkommen zu lassen, möchte ich ausdrücklich bemerken, daß ich bei meinen Besprechungen gar keine persönliche oder materielle Zwecke verfolge. Ich gestatte mich, Ihnen unter Kreuzband einige Exemplare der „Schweiz Arbeiterzeitung“ zu überreichen, in denen Sie Beiträge meiner Feder finden werden.“

Ihrer Antwort gemäÙ, gelahne ich mit vorzüglicher Hochachtung ergebe ich mich

Dr. A. v. Arz schrieb kurz an Zell, daß er mit ihm und seiner Bestrebungen nichts zu tun haben wolle. Der Beweis für diese Ablehnung ist in dem zweiten tweniger höflichen Briefe Zells vom 23. März 1912 enthalten.

Als der „Freie Arbeiterverband von Olten“ im Winau eine Versammlung abhielt, stellte sich u. eingeladen Zell ein, der inzwischen in die Geschäftsführung der eben gegründeten „Freien Arbeiterzeitung“ gelangt war. Es ist jedermann, den jener Versammlung beizuohnte, in Erinnerung, wie Dr. A. v. Arz im kürzlichen Rede gegen Bestrebungen, wie die Zells waren, auftrat. Den Grund zu dieser Rede bildete die Unwesenheit Zells.

Zell suchte nachher Mitglieder des Freien Arbeiterverbandes Olten zum Betribe seiner gegen die Sozialdemokratie gerichteten „Schrift zu gewinnen, indem er den Wiederverkäufern Rabatt versprach. Der Vorstand wies es von der Hand, die Schrift zu verbreiten. Zell ersuchte darauf um die Zusendung der Statuten. Der Vorstand antwortete ihm aber, daß er es für zwecklos halte, die Statuten zu senden, nachdem er sich über die von Herrn Zell vertretenen Tendenzen Aufschluß verschafft habe.

Dr. v. Arz erklärt ferner, die „Freie Arbeiterzeitung“ war niemals das Organ des Freien Verbandes der Arbeiter von Olten. Wir haben sie zum Lesen nie empfohlen. Wir enthielten uns jeden Schrittes für sie, als uns deren geschäftliche Verwaltung nicht mehr als unansehnlich erschien.

Der abgebrichtete Herr Zell ließ sich jedoch dadurch nicht abfchrecken. Er wandte sich telephonisch an Herrn v. Arz mit der Mitteilung, die „Freie Arbeiterzeitung“ solle einer Genossenschaft übergeben werden, die auch aus Arbeitern von Olten bestehen solle. Das nötige Kapital stiehe der Genossenschaft zur Verfügung.

Dr. A. v. Arz erwiderte, daß die freie Arbeiterzeitung des Kantons Solothurns kein solches Kapital annehme, und daß sie auf eigenen FüÙen vorwärts gehen wolle. Das Gehalte Zells, Dr. v. Arz in Olten sprechen zu dürfen, lehnte dieser selbstverständlich von neuem ab.

Zell wandte sich darauf an den Vorstand Schmid Fritz Boffard vom Freien Arbeiterverband von Olten. In diesem Briefe hieß es, es stehe ihm, also dem Zell, ein einmaliger Geldbeitrag zur Verfügung, der ausreichen werde, bis sich das Blatt selbst erhalten könne. Man habe ihn (Zell) beauftragt, eine Genossenschaft, die aus sieben Arbeitern bestehe, einschließlich mit ihm, zu bilden. Er lud dann den Vorstand Boffard ein, sich mit ihm zu besprechen. Zu diesem Zwecke würde er ihn aufsuchen; er hoffe, keine Ablehnung zu erfahren. Sollte das doch der Falle sein, dann könne er das nur lebhaft bedauern.

Fritz Boffard blieb fest und schrieb ihm kurzzerhand, daß er es ablehnen müsse, auf die Offerte sich einzulassen.

Aus diesem Briefwechsel ergibt sich deutlich, daß der Freie Arbeiterverband von Olten es verschmähte, mit Zell sich einzulassen, und daß er das ihm angebotene Geld zurückgewiesen hat.

Als die Oltenener nicht so wollten, wie der Zell es wünschte, griff die „Neue Freie Zeitung“ zunächst den Dr. v. Arz an, ohne einen rechten Grund für ihre Angriffe angeben zu können. Man legte dem Herrn v. Arz zur Last, daß er einem von politischem Gasse verfolgten Aufnahme gewährt habe. Als er in der Folge die von diesem Manne mit Ernst und Sachkenntnis für die Arbeiterzeitung geschriebene Zeitung zum Lesen empfahl, hatte Dr. v. Arz noch keine Kenntnis von deren geschaftlicher Ordnung. v. Arz erfuhr nach einiger Zeit, daß der inzwischen verlorbene Nationalrat Sulzer in Winterthur für den Anfang seine Hilfe versprochen hatte, um das Unternehmen in Gang zu bringen. Arz vermochte darin nichts Schändliches zu erblicken. Kein Geringerer als der Sozialdemokrat Paul Brand sei es gewesen, der ihm Sulzer als einen der „hochberzigsten Eidgenossen“ geschildert hatte. Dennoch bestand ich darauf, daß das Geld von Unternehmerverbänden für die Zeitung gelandt worden sei, was ich meine Hand zurück. Ich warnte auch meine Freunde in der Arbeiterzeitung. Wie man ihm gesagt habe, sei die Person, welche die Arbeitgeberverbände um Geld angegangen, die nämliche, die sie heute an die Sozialdemokratie verrät. Und damit hatte Dr. v. Arz von Anfang an nichts zu tun, weil er ihn erkannt hatte.

Der angegriffene v. Arz erklärt zum Schluß, daß sein Tun offen davorstehe. Sein und seiner Freunde Ziel sei, unabhängig von der Parteipolitik die Arbeiterzeitung durch gewerkschaftliche Organisationen vorwärts zu bringen. Auf diesem Wege könne man nicht mit der Sozialdemokratie gehen, weil man deren Anschauungen nicht teilen könne. Vor allem müsse die Arbeiterzeitung unabhängig bleiben von der Unternehmerzeitung. Nach diesem Grundsatze habe er und der Freie Arbeiterverband von Olten gehandelt. Keine Enttäuschung, kein Schmutz vermogte ihn und seine Freunde von diesem Wege abzubringen.

Zell, der weitende Gegner der Sozialdemokratie, der seine Agitationen mit Geld der Unternehmer betrieb und weiter betreiben wollte, sah sich verlassen, als der Hauptgegner verstorben war. Nun sattelte er plötzlich vollständig um und wurde Sozialdemokrat. Noch wenige Tage vorher wollte er ein Zeitungsunternehmen gründen, eine sogenannte Korrespondenz, die den besondern Zweck haben sollte, den schärfsten Kampf gegen die Sozialdemokratie zu organisieren. Zell verlangte von den Industriellen dafür Geld und für sich ein Jahreseinkommen von 6000 Fr.

Die Erfüllung dieser Wünsche hat wohl nicht klappen wollen, denn Zell ging sodann von den Industriellen zur Sozialdemokratie über.

Zum Schluß des Flugblattes erklärte der Freie Arbeiterverband von Olten, daß sein Programm laute: Der Freie Arbeiterverband hat den Zweck, die soziale Lage seiner Mitglieder zu verbessern. Er ist religiös neutral und politisch unabhängig. Seine grundlegende Richtung ist eine freiheitliche. Er verwirft den Klassenkampf und verlangt die soziale Reform. Er erstrebt insbesondere fortschreitende Verbesserung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit, wirksamen Schutz für Gesundheit und Leben im Arbeitsbetriebe, jährlichen Ferienurlaub unter Fortzahlung des Lohnes und Einführung einer Pensionsberechtigung. Er erstrebt ebenso die Förderung der beruflichen Bildung und Leistung.

Es sind also im wesentlichen die Grundsatze der Genossenschaft, die er in seinem Programm zum Ausdruck bringt. Gegenüber dem Beweismaterial, das gegen den Zell vorgebracht worden ist und ihn in einem eigentümlichen Licht erscheinen läßt,

muß man sich wundern, daß dieser Mann von der Sozialdemokratie aufgenommen worden ist, daß diese Partei Brochüren von ihm schreiben und ihn so als einen Geld in der „zielbewußten Partei“ vor der Öffentlichkeit erscheinen läßt.

Karl Goldschmidt.

Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.) (Schluß.)

Im Handel haben alle Größenklassen, sogar die Kleinbetriebe, zugenommen; es bleibt freilich — wie bei der Industrie — die Zunahme der kleinen Gehilfenbetriebe bzw. der Kleinbetriebe überhaupt hinter dem Ansteigen der Mittelbetriebe und diese wiederum hinter dem der Großbetriebe zurück. Die Zahl der in kleinen Handelsbetrieben beschäftigten Personen stieg seit 1882 um 103 Prozent, in den Mittelbetrieben um 228 Prozent und in den Großbetrieben um 624 Prozent.

Die Ueberlegenheit des Großbetriebes, der sich nur aus der Möglichkeit des Massenabfahes entwickeln kann, beruht in der besseren Ausnutzung der Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters, in der Verminderung der Generalkosten, in dem billigeren direkten Einkauf und Ausnutzung des Kapitals sowie im Massenabfah mit kleinerem Gewinn. Durch die Verwendung von Maschinen, unter denen immer noch die Dampfmaschine voransteht, wird eine Ersparnis an menschlicher Kraft und Arbeit erzielt, die Produktion also gesteigert und verbilligt. Auch gestattet die Maschine eine höhere Ausnutzung der Naturkräfte, vor allem des Wassers. Der ganze Produktionsprozeß erfährt eine Abkürzung, so daß das Kapital schneller umgelegt und intensiver ausgenutzt werden kann. Seit 1875 hat sich in Preußen die Zahl der Dampfmaschinen, die i. Z. 1911 auf 88 000 mit über 6 Millionen Pferdestärken festgesetzt wurde, verdreifacht. Ausschließlich zum Antriebe von elektrischen Maschinen wurden hierüber über 1 Million Pferdestärken gebraucht. Die Zahl der industriellen Betriebe, die Motoren verwenden, ist von 140 000 i. Z. 1895 auf 233 000 i. Z. 1907, die Zahl der ausgenutzten Pferdestärken in dem gleichen Zeitraum von 3/4 auf 8 Millionen gestiegen.

Als Folge der veränderten Betriebsformen nannten wir den Rückgang der Selbstständigkeit. Am geringsten ist er in der Landwirtschaft, wo er 3 Prozent beträgt. (28—25 Prozent.) In der Industrie dagegen ist die Zahl der Selbständigen, wozu auch die leitenden Beamten rechnen, von 34 Prozent auf 18 Prozent und im Handel von 45 Prozent auf 29 Prozent gesunken. Die absolute Zahl der Selbständigen ist in der Landwirtschaft um 200 000 gestiegen, in der Industrie aber um ebensoviel gefallen. Dagegen ist die Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten in den gewerblichen Berufen seit 1882 um 592 Prozent, die der Arbeiter um 110 Prozent gewachsen. Im Handel und Verkehr ist die Zahl der Beamten um 257 Prozent, die der Arbeitskräfte um 169 Prozent gestiegen. Bedauerlicherweise geht also der wichtige Wertfaktor der Selbständigkeit in Industrie und Handel immer mehr zurück. Nur in der Landwirtschaft hat der unabhängige Mittelstand, dieses „Müdigkeit unseres sozialen Körpers“, an Kraft gewonnen. Im übrigen verschärfen sich die Klassen- gegenüberstände immer mehr.

Dazu bringt die gewerbliche Berufsarbeit mit ihrer räumlichen Konzentration nicht zu unterschätzende Gefahren für die physische und psychische Entwicklung der Arbeiter, besonders der Frauen und Kinder mit sich.

Sinsichtlich der Unternehmungsformen ist in Industrie und Handel dem Einzelunternehmen, das bei beiden etwa neun Zehntel der Betriebe umfaßt, eine wachsende Konkurrenz in den Gesellschaftsunternehmungen (Aktien- und andere Gesellschaften) entstanden, und diese erobern immer mehr wirtschaftlichen Boden. In der Landwirtschaft dagegen ist die Einzelunternehmung, die allein maßgebende Unternehmungsform, geblieben.

Trotz all der angeführten Nachteile für weite Schichten unserer Bevölkerung darf indessen der Genanke nicht Wurzel fassen, uns wieder rückwärts konzentrieren, zu der fälschlich sogenannten „guten alten Zeit“ flüchten zu wollen. Die Entwicklung wird sich stets mächtiger erweisen als Menschentum und Menschenville. Wir sind mit hochgehenden Wogen zur Industrialisierung, in die Weltwirtschaft hineingetrieben. Unverdorren weiter vorwärts zu arbeiten und alle Kräfte anzupumpen, den Kühnen Weg zur Vollendung zu bringen, ist ein Gebot der Selbsterhaltung. Jeder Stillstand ist Rückgang, der sich unheimlich rächen würde.

Tab.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 17. Juli 1914.

Die Ferien des Reichsversicherungsamts haben wie alljährlich am 15. Juli begonnen und dauern bis zum 15. September. Zur Erledigung von besonders eilbedürftigen Sachen in Streitigkeiten aus der Krankenversicherung, der Unfallversicherung und der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung finden jedoch wöchentlich mehrere Sitzungen statt. Ausdrücklich sei darauf hingewiesen, daß auf die Fristen zur Einlegung des Rekurses oder der Revision die Ferien nicht den geringsten Einfluß haben. Noch wie vor müssen diese Rechtsmittel binnen einem Monat, vom Tage der Zustellung des Urteils des Versicherungsamts bzw. Oberversicherungsamts an gerechnet, beim Reichsversicherungsamt eingelegt sei.

Seinen 50. Geburtstag beging am 15. Juli der Kollege Hünmar Raab in Burg bei Magdeburg, der Schachmeister unseres Gewerkschaftsvereins der Fabrik- und Handarbeiter. Wer den Kollegen Raab kennt, kann sich kaum denken, daß er bereits ein halbes Jahrhundert hinter sich hat. Aufrichtig wünschen wir ihm, daß ihm die bisherige Frische des Körpers und Geistes auch weiterhin erhalten bleibe, damit er noch recht lange seines schwierigen Amtes walten und damit für seinen Gewerkschaft und die Verbandsgemeinschaft segensreich wirken kann.

Bayerische Ministerien gegen den Tabaktrauf. Im bayerischen Landtag ist am 9. Juli d. J. bei der Beratung des Eisenbahnbetriebs offiziell erklärt worden, daß das bayerische Verkehrsministerium auf die Wirtschaften sämtlicher bayerischer Bahnhöfe entscheidenden Einfluß dahin ausgeübt hat, daß dort die Fährung von Zigaretten des englisch-amerikanischen Tabaktraufes abgelehrt wird. Wie jetzt weiter einwandfrei mitgeteilt werden kann, hat ebenso das bayerische Kriegsministerium um sämtliche dafür in Frage kommenden Stellen des bayerischen Heereskontingents einen Erlass dahingehend gerichtet, den Bedarf an Zigaretten für alle Wirtschaftsbetriebe ausschließlich bei trustfreien Firmen zu beziehen. Es kann weiter mitgeteilt werden, daß sich das bayerische Kriegsministerium dabei in Übereinstimmung mit den Ministerien des Außen und des Königlichen Hauses in Bayern befindet.

Die Handelskammern, die sich für die Interessen der trustfreien Zigarettenindustrie einsetzen, will der Tabaktrauf glauben machen, sie unterstützen damit eine verbrecherische Exportpolitik. Mit welcher Besichtigung wird die Zigaretten-Produktionsgesellschaft als Führerin des Tabaktraufes in Deutschland nunmehr die Bayerischen Ministerien angreifen?

Arbeiter als Parlamentsvertreter. Im Königreich Sachsen werden die Vorbereitungen für die Landtagswahlen getroffen. Eifrig sind die Parteien am Werke, um möglichst gut abzumessen. Wie aus einer Pressemittel zu ersehen ist, beschäftigen die Liberalen ihre Aussichten dadurch zu verbessern, daß sie einen oder mehrere Arbeiter als Kandidaten aufstellen wollen. In der betreffenden Pressemittel wird diese Absicht durchaus gebilligt, gleichgültig ob der Wunsch hinzugefügt, daß man bei der Kandidatenwahl nicht etwa auf Gehe verfallt, weil diese auch in Sachsen als Arbeitervertreter das denkbar geringste Vertrauen und auch im bürgerlichen Lager Widerstand finden würden.

Wir möchten diese Bemerkung hier unterstreichen. An geeigneten Kandidaten aus den Arbeiterkreisen kann es den Liberalen Sachsen nicht fehlen. Sie sollten nur einmal unter den Gewerkschaften umherschauen. Wie lernen eine ganze Menge tüchtiger Gewerkschaftsmitglieder, die liberal im besten Sinne des Wortes sind und sich zur Übernahme einer Kandidatur sehr wohl eignen. Soffentlich geht man an ihnen nicht achtlos vorbei! Und dann noch eins! Mit der Aufstellung von Arbeiterkandidaten allein ist es natürlich nicht getan. Die Aufstellung muß auch in Wahlkreisen erfolgen, wo Aussicht vorhanden ist, sie durchzubringen. An der bloßen Kandidatenaufstellung liegt natürlich den Arbeitern nichts. Sie wollen vor allen Dingen Gelegenheit haben, im Parlament selbst ihre Wünsche zu vertreten. Das mögen die sächsischen Liberalen beherzigen!

Der Kampf auf den Linde-Hofmann-Werken in Breslau ist beendet, nachdem sich die überwältigende Mehrheit der Arbeiter für die Wiederaufnahme der Arbeit erklärt hat. Durch die Ab-

kehrung des von der Firma an die Arbeiter am 4. Juni gestellten Ultimatum war ein gewisser Stillstand eingetreten. Auf beiden Seiten wurde aber im Stillen mit einer Ausdauer weitergekämpft, von deren Fähigkeit sich der Unbeteiligte keinen Begriff machen kann. Tausende von Mark sind von der Firma zur Finanzierung neuer Arbeitskräfte auszugeben worden; von der Gegenseite aber hat es auch nicht an Warnungsinferaten gefehlt. Die Absicht der Direktion, sich einen neuen Arbeiterkammern zu schaffen, selbst unter Anwendung von Millionen, ist gescheitert, was wohl nicht ohne Einfluß geblieben ist auf den Wunsch, mit den alten eingearbeiteten Leuten in Verhandlungen zu treten.

Am Dienstag haben zwischen der Firma und der Arbeiterkommission diese Verhandlungen stattgefunden, und wenn auch Dr. Eichberg versuchte, das Einigungsverbot zu stören, so prallten seine Bemühungen an der Benennung auf beiden Seiten ab. Das Ergebnis der Beratungen wurde den Streikenden und Ausgesperrten in 6 Versammlungen vorgelegt, die mit 3007 gegen 406 Stimmen die Vorschläge der Streikleitung und der Vertrauensleute annahm und sich für Beendigung des Kampfes erklärte. Das Ergebnis der Verhandlungen ist in fünf Punkten festgelegt, in welchen bestimmte Angaben gemacht sind über die bisherigen Durchschnittsgehälter, die Abänderungen, die Massenarbeit, die Nachprüfung und Erhöhung der Akkorde, die Soehaltung des Koalitionsrechts, die Einstellung der Arbeiter, die Wiedereinstellung in die alten Rechte und Löhne, die Garantie des Stundenlohns der Sicherheitsarbeiter, die Ausgleichung der Arbeiten im Dieselmotorenbau usw. Die Abstimmung erfolgte nach eingehender Diskussion mittels Stimmautel. Die Kommission wurde beauftragt, das Ergebnis an die Direktion weiterzugeben, um über den Tag der Wiederaufnahme und die Einstellung der verschiedenen Abteilungen noch eine Verständigung herbeizuführen.

Aus dem langen und erhebliche Opfer kostenden Kampfe können beide Parteien ihre Lehren ziehen. Sie haben ihre Stärke gemessen; einer konnte den andern nicht niederrücken; es gibt weder Sieger noch Besiegte. Soffentlich lernt die Firma, daß es besser ist, rechtzeitig eine Verständigung zwischen Kapital und Arbeit herbeizuführen, daß man auch den Arbeiter als Mensch anerkennen, ihm seine Rechte nicht vorenthalten und ihm ein Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen einräumen soll. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind aufeinander angehoßen. Mögen sie auch auf den Linde-Hofmann-Werken versuchen, das verlorene gegenseitige Vertrauen wieder zu erwerben, um vor künftigen Enttäuschungen bewahrt zu bleiben.

Arbeiterbewegung. Die Einigungsverhandlungen in der Solinger Waffenindustrie müssen endgültig als gescheitert angesehen werden. Der Arbeitgeberverband hat in einer Versammlung, an der die Waffenfabrikanten und auch die Gewerkschaften teilnahmen, beschlossen, eine Generalausperrung aller in der Solinger Schmeißwarenindustrie beschäftigten Arbeiter vorzunehmen, wenn nicht bis zum 15. Juli die Waffenarbeiter die Beschäftigung wieder aufgenommen haben. Von der Ausperrung würden etwa 20 000 Arbeiter betroffen werden, von denen rund zwei Drittel organisiert sind. — Wegen Ablehnung eines Tarifvertrages haben in Mannheim in vier Nothabfabriken die Tabakarbeiter die Arbeit eingestellt. — In Bremen sind die in den Staats- und städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter in eine Bewegung eingetreten, um eine Erhöhung der Löhne um 50 Pfg. und die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden pro Tag zu erreichen. — Der Streik der Solbildhauer in Berlin nimmt seinen Fortgang. — Der Kampf der Kraftpostenführer in Berlin dauert ebenfalls fort. — Auch in Köln sind die Droschkenschaffere in eine Bewegung eingetreten. Die Inserate in den Zeitungen dürfen nicht berücksichtigt werden. — Nach 10-wöchigen Kampfes haben die Arbeiter auf den Rhania-Werken in Mannheim im bedingungslos die Arbeit wieder aufgenommen.

Im Haag (Holland) stehen die Strakenhauer im Streik. Mit den aus Berlin herbeigeschickten Arbeitswilligen ist es zu heftigen Zusammenstößen gekommen. Die Versuche, den Betrieb wenigstens in beschränktem Maße aufrecht zu erhalten, haben ausgegeben werden müssen, weil das Publikum gegen die Arbeitswilligen eine drohende Stellung einnimmt. — Die Vertreter von 55 000 Maschinenisten und Weigern von 98 westlichen Eisenbahnen in den Vereinig-

ten Staaten sind mit den Vertretern der Arbeitgeber in Unterhandlungen getreten, um höhere Löhne und andere Verbesserungen durchzusetzen. Einen Schiedsspruch wollen sie ablehnen, da bereits vor Beginn der Verhandlungen die Maschinenisten und Weiger fast einstimmig für den Streik gestimmt hätten, den man durch die Verhandlungen zu vermeiden hoffe. — In Moskau streifen seit längerer Zeit die Bäcker gefellen. Die Bewegung hat im Laufe der Zeit größeren Umfang angenommen, so daß jetzt vielfach Brotmangel herrscht und man vor auswärts den Bedarf zu decken versucht.

Eine merkwürdige Logik. Eine Ortskrankenkasse in einer größeren rheinischen Stadt sah sich veranlaßt, einen zweiten Krankenkassentrollen anzustellen. Die Bewerbungen liefen zahlreich ein und zwei Bewerber wurden zur engeren Wahl gestellt, ein älterer Mann B. von 50 Jahren und ein solcher von 39 Jahren, namens W. Wie nicht anders zu erwarten war, bestand zwischen den Gehaltsforderungen dieser beiden Bewerber ein größerer Unterschied. Während B. nur 115 Mk. pro Monat forderte, verlangte der jüngere W. gemäß seiner Arbeitskraft ein monatliches Gehalt von 140 bis 150 Mk. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß W. organisiert ist und im Krankenkassentrollen sehr gut Bescheid weiß. Mit Recht verlangte er, den gewerkschaftlichen Prinzipien entsprechend, auch eine auskömmliche Bezahlung.

Bei der Wahl durch den Vorstand ereignete sich nun etwas Merkwürdiges. Ein „frei“ organisierter Lagerhalter des Konsumvereins „Eintracht“, namens R., trat mit aller Energie für den — Mindestfordernden ein. Für ihn kamen sonstige Fragen weniger in Betracht; die niedrige Gehaltsforderung ließ alle Bedenken bei ihm verschwinden. Er erreichte es, — allen gewerkschaftlichen Prinzipien zum Hohne — daß der Mindestfordernde gewählt wurde.

Wir haben gegen die Person des Gemählten nichts einzuwenden, unsere Betaunderung gilt lediglich der Praxis dieses Angestellten einer Arbeitergenossenschaft. Wenn sich Arbeitgeber bei der Auswahl ihrer Angestellten von einem niedrigen Gehalt leiten lassen, so ist dies vielleicht noch zu verstehen, wenn dies der Arbeiter tun, die für sich selbst einen auskömmlichen Lohn beanspruchen, so ist ein solches Verhalten direkt schädlich zu nennen. Theorie und Praxis in seltsamem Widerspruch!

Soffentlich sehen sich die Obergenossen der sozialdemokratischen Ortsgruppe diesen merkwürdigen „Heiligen“ etwas näher an und machen ihn mit den Grundrissen ihres Programms mehr als bisher vertraut. Zu näherer Auskunft sind wir gern bereit.

Auch eine Folge der Krisis. Im Jahre 1912 war die überseeische Auswanderung aus Deutschland so gering wie noch nie zuvor seit Bestehen des Deutschen Reiches gewesen: Während seit dem Beginn dieses Jahrhunderts die Zahl der Auswanderer zwischen 36 310 im Jahre 1903 und 19 883 im Jahre 1908 gekonnt hatte, war sie auf 18 545 zurückgegangen. Im alten Jahrhundert hatte der Verlust Deutschlands durch Auswanderung nur selten einmal weniger als 30 000 Köpfe betragen; er ist in den Jahren 1880 bis 1896 sogar niemals unter 80 000 heruntergegangen und hat in den Jahren 1881 und 1882 220 902 bzw. 203 585 Köpfe betragen. Im Jahre 1913 ist nun die Auswanderungsziffer — wohl unter dem Einfluße der wirtschaftlichen Depression — wieder auf 25 843 gestiegen und hat damit die höchste Zahl seit 1907 erreicht. Die Gesamtmenge der Auswanderer geht immer noch nach den Vereinigten Staaten, die 1913 19 124 aufnahmen, während alle anderen Länder nur mit niedrigen Ziffern vertreten sind. Fast die Hälfte aller Auswanderer hat auch 1913 den Weg über Bremen genommen, 9710 dieser standen aber 8730 gegenüber, die über Hamburg Deutschland verließen.

Die Erweiterung des gesetzlichen Kinderschutzes in England, die durch einen von Abgeordneten im Februar d. J. eingebrachten Antrag durchgeführt werden sollte, ist leider nicht erreicht worden. Der Entwurf, auf den sich Abgeordnete aller Parteien geeinigt hatten, hatte bereits die zweite Lesung und auch die Ausschussberatungen glücklich überstanden. In der dritten Lesung aber wurde er zum Scheitern gebracht dadurch, daß die Gegner des erweiterten Kinderschutzes hauptsächlich durch Verschleppungsanträge die Abstimmung solange verzögerten, bis nach der Geschäftsordnung des englischen Parlaments die zur Abstimmung zulässige Zeit verstrichen war. Da die von den Abgeordneten eingebrachten Anträge

